



Geschäftsstelle der Synode

Drucksache

VI / 1

6. Tagung der 12. Synode
der Evangelischen Kirche in Deutschland
10. bis 13. November 2019
in Dresden

KUNDGEBUNGSENTWURF

zum

Schwerpunktthema

**Auf dem Weg zu einer Kirche
der Gerechtigkeit und des Friedens**

Vorlage des Vorbereitungskreises
zum Schwerpunktthema

1 **Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens**

2 **Lass ab vom Bösen und tue Gutes;** 3 **suche Frieden und jage ihm nach! (Ps 34,15)**

4 Vor 30 Jahren fand die gewaltfreie Revolution in Ostdeutschland statt, mit brennenden Kerzen
5 in den Händen und Friedensgebeten in überfüllten Kirchen – friedlich. Die Mauer fiel, die deut-
6 sche und europäische Teilung konnte überwunden werden, Demokratie und Freiheit wurden
7 dazugewonnen. Jedoch leben wir heute nicht in friedlichen Zeiten. Die Hoffnung auf Frieden
8 und Gerechtigkeit hat sich nicht erfüllt.

9 Das gemeinsame Haus Europa mit einer gemeinsamen Friedensordnung von Lissabon bis an
10 den Ural und darüber hinaus konnte nicht verwirklicht werden. Der Überwindung der alten
11 militärischen Blockkonfrontation ist eine internationale Weltordnung gefolgt, die bestimmt ist
12 durch eine Multipolarität, in der neben den Großmächten eine Vielzahl weiterer Akteure mitei-
13 nander konkurrieren. Neue Konfliktlinien entstanden, Kriege wurden geführt und geschürt,
14 zum Beispiel im ehemaligen Jugoslawien und in Afghanistan, im Irak und im Nahen und Mitt-
15 leren Osten. Im Jahr 2007 hat sich die Evangelische Kirche in Deutschland vor diesem Hinter-
16 grund in der Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben - für gerechten Frieden sorgen“ dem
17 Leitbild des Gerechten Friedens verpflichtet und sich für einen klaren Vorrang für gewaltfreie,
18 zivile Instrumente der Konfliktbearbeitung ausgesprochen. Den Einsatz militärischer Mittel hält
19 sie ausschließlich als „rechtserhaltende Gewalt“, die als äußerstes Mittel (ultima ratio) erwo-
20 gen werden darf, unter engen Kriterien für legitim.

21 Seitdem hat sich die Situation erneut geändert. Einige Aspekte gegenwärtiger friedenspoliti-
22 scher Herausforderungen seien exemplarisch benannt:

23 Aus innerstaatlichen Konflikten entstehen zunehmend Kriege, in die Großmächte und / oder
24 Nachbarstaaten involviert sind. Der internationale Terrorismus verändert und verschärft die
25 Konflikte. Immer wieder sind in Krisengebieten fundamentale Menschenrechtsverletzungen
26 bis hin zur Verfolgung oder Vernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen oder Ethnien zu be-
27 obachten. Der Druck, Ausgaben für Rüstung und Militär deutlich zu erhöhen, wächst. Die Bi-
28 lanz militärischer Einsätze, die erklärtermaßen mit dem Ziel der Beendigung von Menschen-
29 rechtsverletzungen geführt wurden, ist jedoch enttäuschend.

30 Gleichzeitig stellen hybride Kriege, Kriegsführung im Cyberraum, Weiterverbreitung von Mas-
31 senvernichtungswaffen und automatisierte und teilautonome Waffensysteme neue Anforde-
32 rungen und werfen grundlegende ethische Fragen auf. Die Unübersichtlichkeit all dieser Ent-
33 wicklungen geht einher mit der Krise der regelbasierten multilateralen Weltordnung. So kündi-
34 gen Großmächte internationale Verträge zur Rüstungskontrolle und stellen internationale Ab-
35 kommen (etwa zum Klimaschutz) in Frage. Weitere Faktoren wie der Klimawandel und der mit
36 ihm verbundene Migrationsdruck, die infolge der Globalisierung zunehmenden Gefahren durch
37 Pandemien und Seuchen, die Verwundbarkeit der kritischen Infrastrukturen sowie die Erosion
38 staatlicher Souveränität verändern die sicherheitspolitischen Herausforderungen dramatisch.

39 Diese Kundgebung fokussiert sich auf die Bearbeitung von fünf Themenbereichen: 1. Ausge-
40 hend von der grundlegenden Orientierung an der Perspektive der Gewaltfreiheit und des Vor-
41 rangs des Zivilen wird 2. der zunehmend dringlicher werdende Bereich des (inner-)gesell-
42 schaftlichen Friedens in den Blick genommen. 3. Angesichts wachsender Infragestellung von
43 internationalen Regelungen und Verträgen wird an regel- und vertragsorientierten internatio-
44 nalen politischen Ordnungen als friedenserhaltenden Maßnahmen festgehalten. Hierfür ist

45 entscheidend, dass Europa seine Verantwortung für die internationale Zusammenarbeit wahr-
46 nimmt. 4. Dem Blick auf verschiedene neue oder neu zu diskutierende Möglichkeiten gegen-
47 wärtiger Kriegsführung (Autonomisierung, den Cyberraum und Atomwaffen betreffend) folgt 5.
48 mit einem Abschnitt zum Thema Nachhaltigkeit die umfassende Einsicht, dass die Fragen von
49 Frieden und Gerechtigkeit nicht mehr ohne diejenigen der Bewahrung der Schöpfung, des
50 Klimaschutzes und des gerechten Umgangs mit den Ressourcen unseres Planeten zu bear-
51 beiten sind. Nur das Zusammenwirken aller fünf Aspekte konturiert eine verantwortliche frie-
52 densethische Arbeit für die Zukunft.

53 In dieser Situation vielfältiger Friedensgefährdungen und Friedensherausforderungen hören
54 wir neu auf die biblischen Texte, ihre Weisheit und Weisungen.

55 Der umfassende Frieden im Sinne des biblischen Schalom führt in die Gottesbeziehung als
56 Quelle des Friedens und weist uns ein in den Zusammenhang von Gerechtigkeit, Recht und
57 Frieden sowie Solidarität mit der gesamten Schöpfung. Das Gebot der Nächstenliebe richtet
58 unsere Blicke und unser Handeln auf den nahen und fernen Nächsten und seine unverlierbare
59 Würde – bis hin zur Feindesliebe, die den Weg zu Verständigung und Überwindung des Tren-
60 nenden sucht. Jesu Botschaft von der Gewaltfreiheit fordert uns heraus, selbst den Weg der
61 Gewaltfreiheit zu gehen und Gewalt zu überwinden. Die Versöhnung, die in Jesus Christus
62 geschehen ist, ermutigt uns zu Schritten der Versöhnung zwischen Menschen, Völkern und
63 Nationen.

64 Wir vertrauen darauf, dass die Bibel uns Menschen auf eine zukünftige Welt des umfassenden
65 Friedens im Reiche Gottes verweist und damit einen Horizont letzter Dinge eröffnet, der unse-
66 rem Handeln heute schon Orientierung gibt. Damit stellt uns die Bibel in die Spannung von
67 Letztem und Vorletztem. In dieser Spannung zu handeln und das Leitbild des Gerechten Frie-
68 dens in zivilgesellschaftliches und politisches Handeln umzusetzen, gehört zu den Aufgaben
69 evangelischer Verantwortung. Mit der weltweiten ökumenischen Bewegung wollen wir Kirche
70 auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens sein und verpflichten uns, unsere gesamte
71 Arbeit darauf auszurichten.

72 **1. Der Weg der Gewaltfreiheit**

73 Aus Erfahrung wissen wir, dass Menschen, Gemeinschaften und Staaten in der Lage sind,
74 Probleme und Konflikte in allen Bereichen gesellschaftlichen und politischen Lebens auf kon-
75 struktive und gewaltfreie Weise zu bearbeiten. Es gibt erprobte Konzepte und Instrumente
76 dafür, Wege aus Gewalt und Schuld zu finden, einander vor Gewalt zu schützen und Versöh-
77 nungsprozesse zu gestalten – in Friedenszeiten wie in Krisen- und Nachkriegssituationen. Als
78 Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens wollen wir alle Anstrengungen für
79 gewaltfreies Handeln stark machen.

- 80 • Das Leitbild des Gerechten Friedens setzt vorrangig auf die Gewaltfreiheit als prima
81 ratio. Das wollen wir im Gebet, im eigenen Friedenshandeln und im gesellschaftlichen
82 Dialog immer weiter einüben. Wir rufen die politisch Verantwortlichen dazu auf, militä-
83 rische Gewalt und kriegerische Mittel Schritt für Schritt zu überwinden. Vom Gerechten
84 Frieden her zu denken heißt, den Grundsatz „si vis pacem, para pacem“ (wenn du den
85 Frieden willst, bereite den Frieden vor) zu befolgen und sich mit ganzer Kraft für die
86 Vorbeugung und Eindämmung von Gewalt einzusetzen.

- 87 • Prävention ist die nachhaltigste Form der Friedenssicherung. Deshalb fordern wir, min-
88 destens 2 Prozent des Bruttoinlandproduktes für entwicklungspolitische Maßnahmen
89 zur Bekämpfung von Gewaltursachen, für Krisenprävention, gewaltfreie Konfliktbear-
90 beitung, Nachsorge und zivile Aufbauarbeit in Krisenregionen einzusetzen.
- 91 • Aufgrund der positiven Erfahrungen mit Prävention und ziviler Konfliktbearbeitung for-
92 dern wir einen Ausbau der Friedensforschung, insbesondere im Bereich der zivilen
93 Konfliktbearbeitung, und die verlässliche Bereitstellung der dafür notwendigen finanzi-
94 ellen Ausstattung.

95 **2. Gesellschaftlicher Frieden**

96 Wir begreifen den Umgang mit gesellschaftlicher Spaltung, Populismus und Extremismus -
97 insbesondere mit dem zurzeit zunehmenden Rechtspopulismus und Rechtsextremismus - als
98 eine friedensethische und politische Aufgabe. Antisemitismus und Islamfeindlichkeit belasten
99 zunehmend das gesellschaftliche Klima. Rassismus und Ausgrenzung widersprechen dem
100 christlichen Gebot der Nächstenliebe. Deshalb treten wir für die Unteilbarkeit der Menschen-
101 rechte an allen Orten ein. Verbale und physische Verrohung und Gewalt sind keine Mittel der
102 politischen, weltanschaulichen und religiösen Auseinandersetzung. Die Sprache der Verkün-
103 digung sowie die pastorale und diakonische Arbeit sind der Friedfertigkeit und der Versöhnung
104 verpflichtet. Wir setzen uns dafür ein, das Gespräch und Begegnungen zwischen politischen
105 Lagern, sozialen Milieus sowie Angehörigen verschiedener Religionen und Weltanschauun-
106 gen zu fördern. Religionen dürfen kein Anlass für Hass, Unfrieden und Krieg sein, vielmehr
107 sind die Friedenspotentiale der Religionen auszuschöpfen, damit sie als Werkzeuge des Frie-
108 dens dienen können.

- 109 • Zur Stärkung des gesellschaftlichen Friedens verpflichten wir uns, Initiativen im Bereich
110 der Friedenspädagogik, zivilen Konfliktbearbeitung und der politischen Bildung zu un-
111 terstützen und dabei gerade dem politischen Engagement, den Kompetenzen und An-
112 liegen junger Menschen Raum zu geben.
- 113 • Wir ermutigen unsere Kirchengemeinden, breite Bündnisse zu schließen und den Dia-
114 log und die Zusammenarbeit mit anderen Religionen zu verstärken, um den gesell-
115 schaftlichen Frieden zu fördern.
- 116 • Wir setzen uns dafür ein, dass Friedensbildung ein fester Bestandteil der kirchlichen
117 Aus- und Weiterbildung wird.
- 118 • Wir fordern einen Ausbau der Friedens- und Demokratiebildung in Schulen und Bil-
119 dungseinrichtungen, zum Beispiel durch den Dienst von Friedensfachkräften.

120 **3. Die europäische Verantwortung für den Frieden**

121 Die Europäische Union (EU) hat als Wertegemeinschaft, die sich der Achtung der Menschen-
122 würde und der Wahrung der Menschenrechte, der Freiheit, Demokratie, Gleichheit und
123 Rechtsstaatlichkeit verpflichtet hat (Lissabon-Vertrag, 2007), maßgeblich zu Frieden und Aus-
124 söhnung zwischen ehemals verfeindeten Staaten in Europa beigetragen. Wir unterstützen alle
125 Kräfte, die der EU als Projekt des Friedens und der Aussöhnung verpflichtet sind, im Inneren
126 wie auch jenseits ihrer Grenzen. Wir sagen „Ja zu einem Europa in weltweiter Solidarität, das
127 Gleichgültigkeit und Eigeninteressen überwindet, Frieden und Gerechtigkeit übt und sich für
128 die Bewahrung der Schöpfung einsetzt.“ (Kundgebung der EKD-Synode 2016) Die Stärke der
129 EU sehen wir darin, mit zivilen, diplomatischen Mitteln Krisen vorzubeugen, zur Beilegung von

130 Gewaltkonflikten beizutragen und kriegszerstörte Gesellschaften im Wiederaufbau zu unter-
131 stützen. Wir halten daran fest, dass internationaler Frieden als Rechtsordnung zu gestalten
132 ist, die das Recht des Stärkeren durch die Herrschaft des international gültigen Rechts ersetzt.
133 Wir gehen davon aus, dass dauerhafter Frieden nur zu erreichen ist, wenn auch die Sicherheit
134 anderer in den Blick genommen wird. Vertrauensbildende Maßnahmen spielen dabei eine ent-
135 scheidende Rolle.

- 136 • Wir brauchen dringend eine klar vernehmbare kirchliche europäische Stimme für den
137 Frieden. Wir wollen dazu mit den anderen Kirchen in Europa zusammenarbeiten und
138 sie im Einsatz für dieses gemeinsame Anliegen aktiv unterstützen. Wir setzen uns in
139 den europäischen kirchlichen Vereinigungen wie GEKE und KEK für diese Ziele ein.
- 140 • Wir fordern, dass vor allem die politischen Bündnisse, die der Friedensförderung die-
141 nen, von der EU in Abstimmung mit den Vereinten Nationen, der OSZE und dem Eu-
142 roparat weiterentwickelt werden und dass die Instrumente für Mediation, Gewaltprä-
143 vention, zivile Konfliktbearbeitung und Nachsorge, sowie für den Friedensaufbau sys-
144 tematisch ausgebaut und finanziell noch besser ausgestattet werden.
- 145 • Wir fordern, dass die EU-Nachbarschaftspolitik durch faire Handelsbeziehungen, eine
146 gerechte Agrarpolitik sowie glaubwürdige Klima- und Umweltpolitik friedensverträglich
147 und im Sinne globaler Solidarität gestaltet wird. Frieden ist nur möglich, wenn ein Min-
148 destmaß an nationale Grenzen überschreitender Gerechtigkeit gewährleistet ist.
- 149 • Wir fordern die EU und ihre Mitgliedstaaten dazu auf, ihre Schutzverantwortung für
150 Flüchtlinge konsequent wahrzunehmen. Es müssen sichere und legale Wege für
151 Schutzsuchende in die EU sowie ein gemeinsames Asylsystem mit fairer Verteilung
152 und möglichst hohen Verfahrens- und Aufnahme Standards geschaffen werden. Das in
153 der EU-Grundrechtecharta verankerte Recht auf Asyl muss garantiert werden. EU-Mis-
154 sionen zur Seenotrettung sind dringend erforderlich. Migrationspolitische Fragen soll-
155 ten im Rahmen des Globalen UN-Migrationspaktes gemeinsam geregelt werden.
- 156 • Wir fordern, dass die Regeln der EU zur Rüstungsexportkontrolle im Gemeinsamen
157 Standpunkt restriktiver umgesetzt werden und deren Einhaltung effektiver überwacht
158 wird. Hier sind alle Mitgliedstaaten gefordert, ihre nationale Gesetzgebung und Kon-
159 trollinstanzen entsprechend auszurichten. Exporte in Krisenregionen wie auch militäri-
160 sche Kooperationen mit Drittstaaten außerhalb der Nato, die Menschenrechte und De-
161 mokratie missachten, untergraben die internationale Friedensordnung.

162 **4. Autonomisierung, Cyberraum und Atomwaffen**

163 *Automatisierung und Teilautonomisierung von Waffen*

164 Automatisierte, teilautonome und unbemannte Waffensysteme werden zur Aufklärung und Ge-
165 fahrenabwehr, zur Absenkung von Reaktionszeiten und zur Steigerung der Effizienz einge-
166 setzt. Mit ihnen verbinden sich vielfältige Gefahren: ein Absinken der Hemmschwelle zum mi-
167 litärischen Einsatz, eine Entgrenzung des völkerrechtlich eingegrenzten Krieges oder auch die
168 völlig ungelösten Fragen der Kontrolle und Verantwortung für die Folgen einer militärischen
169 Aktion. Mit steigendem Autonomisierungsgrad werden diese Risiken größer und betreffen im
170 Falle autonomer und teil-autonomer Systeme auch elementare Fragen der Menschenwürde. Zu
171 wenig sind diese Risiken bisher Gegenstand einer breiten ethischen Debatte.

- 172 • Wir treten ein für eine völkerrechtliche Ächtung autonomer Waffen und appellieren an
173 die Bundesregierung, sich für ein verbindliches Verbot von autonomen

174 Waffensystemen einzusetzen. Wir unterstützen die internationale Kampagne „Stop Kil-
175 ler Robots“ zur Ächtung sog. Killerroboter.

- 176 • Wir unterstreichen angesichts der Probleme bei der Zuschreibung von Verantwortung
177 sowie ihrer Rolle als Vorreiter auf dem Weg zu autonomen Waffensystemen die For-
178 derung, auf bewaffnete Drohnen konsequent zu verzichten.

179 *Cyberraum*

180 Der sogenannte Cyberwar unterscheidet sich fundamental von herkömmlichen Formen der
181 Kriegsführung. Er findet scheinbar „vollkommen blutlos“ im virtuellen Raum statt, kann aber
182 dramatische Wirkungen zeitigen, insbesondere, wenn Angriffe vitale Infrastrukturen wie
183 Strom- oder Wasserversorgung treffen. Viele Staaten, auch Deutschland, reagieren darauf mit
184 der Einrichtung von militärischen Cyberkommandos. Ihre Bindung an rechtsstaatliche Verfah-
185 ren, ihre Kontrolle durch die staatlichen Organe und ihre Verbindung mit nichtmilitärischen
186 Einrichtungen der Aufklärung und Gefahrenabwehr ist zu stärken. Ausschließlich auf militäri-
187 sche Mittel der Cybersicherheit zu setzen hilft nicht, Gefahren für zivile Infrastrukturen zu re-
188 duzieren. Entscheidend ist unter anderem die „Resilienz“, das heißt die Schaffung sicherer
189 und widerstandsfähiger IT- Infrastrukturen. Diese einzurichten und weiterzuentwickeln, ist eine
190 zuvorderst zivile Aufgabe. Statt offensiv auf Cyberangriffe zu reagieren, ist die Defensive zu
191 stärken: also zu rüsten ohne aufzurüsten.

- 192 • Wir sprechen uns dafür aus, bei der Cyber-Abwehr vor allem auf zivile Strukturen zu
193 setzen, keine rein militärische Struktur zu entwickeln und defensive Maßnahmen zu
194 stärken.

- 195 • Wir sehen die Notwendigkeit, zur Vermeidung bzw. Regelung von Konflikten im Cyber-
196 raum ein internationales Cyberrecht auf völkerrechtlicher Ebene zu entwickeln und ein-
197 zuführen. Deutschland sollte sich im Rahmen der UN dafür einsetzen.

198 *Atomwaffen*

199 Atomwaffen sind Massenvernichtungswaffen und eine Bedrohung des gesamten menschli-
200 chen Lebensraums. Schon die Friedensdenkschrift von 2007 hat betont, dass die Drohung mit
201 Nuklearwaffen nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung betrachtet werden kann. Po-
202 litisches Ziel muss deshalb ein Global Zero sein: eine Welt ohne Atomwaffen. Während dieses
203 Ziel breiter Konsens ist, ist der Weg dorthin umstritten. Dennoch erscheint uns die Einsicht
204 unausweichlich, dass nur die völkerrechtliche Ächtung von Atomwaffen den notwendigen
205 Druck aufbaut, Atomwaffen gänzlich aus der Welt zu verbannen. Denn mehrmals stand die
206 Welt während des Kalten Krieges durch riskante politische Entscheidungen, technische Fehler
207 oder Fehlfunktionen von Frühwarnsystemen kurz vor einem Atomkrieg. Angesichts der Multi-
208 polarität in der internationalen Weltordnung und der Vermehrung von Atommächten erscheint
209 uns auch eine Strategie der Abschreckung nicht mehr als wirksam. Die Aufkündigung des INF-
210 Vertrages erhöht noch einmal das Risiko einer nuklearen Aufrüstung. Je länger Atomwaffen
211 produziert, modernisiert, weiterentwickelt und einsatzbereit gehalten werden, desto größer ist
212 die Gefahr, dass es zu einem Einsatz von Atomwaffen oder zu einem katastrophalen Unfall
213 kommt. Überdies ist die Behauptung, dass der Atomwaffenbesitz vor Angriffen mit konventio-
214 nellen Waffen schützt, durch mehrere Kriege zwischen den Atomwaffenstaaten Indien und
215 Pakistan längst widerlegt. Die Tatsache, dass es noch immer ca. 16.000 Atomsprengköpfe auf
216 der Welt gibt und in den vergangenen Jahren keine Abrüstung im Rahmen des

217 Nichtverbreitungsvertrages gelungen ist, zeigt eindeutig, dass der Atomwaffenverbotsvertrag
218 überfällig ist, der 2017 aufgrund einer Resolution der UN- Generalversammlung ausgehandelt
219 wurde.

220 • Wir fordern, dass die Bundesregierung konkrete Schritte einleitet, den Atomwaffenver-
221 botsvertrag zu unterzeichnen und zu ratifizieren und sich darüber hinaus – auch in der
222 NATO, EU und OSZE – dafür einsetzt, eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu schaffen.

223 • Wir fordern, dass die Bundesregierung im Rahmen des NATO-Bündnisses als ersten
224 Schritt konkrete Verhandlungen über den Abzug der Atomsprengköpfe aus Büchel be-
225 ginnt.

226 **5. Nachhaltiger Frieden**

227 Ohne nachhaltige Entwicklung gibt es keinen Frieden! Ungerechtigkeit, Ausgrenzung und die
228 katastrophalen Folgen der Klimaveränderungen gefährden weltweit innergesellschaftliche wie
229 zwischenstaatliche Friedensverhältnisse. Die internationale Friedensordnung ist bedroht.

230 Wir verweisen darauf, dass die von der UN Vollversammlung 2015 verabschiedeten 17 Ziele
231 für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) sämtlich eine friedens-
232 ethische Funktion haben. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat bereits in den letzten
233 Jahren ihr Handeln maßgeblich an diesen Zielen ausgerichtet und stellt auch ihre friedensethi-
234 sche Arbeit in diesen Rahmen. Die Kirchen können damit an vieles anknüpfen, wofür sie im
235 Ökumenischen Rat der Kirchen seit über 40 Jahren im Rahmen des Konziliaren Prozesses für
236 Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung eintreten. Wir sprechen uns angesichts
237 der fortschreitenden Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und deren lebensbedroh-
238 licher Folgen (Klimawandel, Verlust der Artenvielfalt, Zunahme von Migration und von Konflik-
239 ten um die verbleibenden Ressourcen) für ein entschiedenes Engagement von Politik, Wirt-
240 schaft und Zivilgesellschaft zur Einhaltung der ökologischen Grenzen unserer Erde aus. Wirk-
241 samer Klimaschutz ist auch ein Beitrag zur Krisenprävention. Die meisten Bürgerinnen und
242 Bürger in den Industrieländern des globalen Nordens sowie die Eliten in den Ländern des
243 globalen Südens verbrauchen mehr Ressourcen als mittel- und langfristig zur Verfügung ste-
244 hen. Damit werden die bestehenden globalen Ungleichheiten vergrößert und künftigen Gene-
245 rationen die Lebensgrundlagen geraubt.

246 • Wir schauen kritisch auf uns selbst und verpflichten uns, als Kirche unser Klimaschutz-
247 handeln noch konsequenter weiterzuentwickeln.

248 • Wir fordern wirksame Schritte zur verbindlichen Erreichung der von den Vereinten Na-
249 tionen 2015 in Paris beschlossenen Klimaziele. Alle Gesetzesvorhaben sind auf ihren
250 Beitrag zur Erreichung dieser Klimaziele hin zu prüfen. Insbesondere fordern wir wirk-
251 same Maßnahmen wie:

252 - im Energiesektor: einen schnelleren und konsequenten Ausstieg aus der Kohle und
253 die Einführung einer sozialverträglichen CO₂-Bepreisung.

254 - im Verkehrssektor: die vorrangige Förderung von Maßnahmen zur klimaschonenden
255 Mobilität.

256 - im Landwirtschafts- und Ernährungssektor: z.B. die Förderung der ökologischen
257 Landwirtschaft und die Einführung eines verbindlichen Tierwohllabels zur Reduzie-
258 rung des Konsums von Billigfleisch.

- 259 • Wir treten mit Nachdruck ein für eine Ethik, einen Lebensstil und eine Ökonomie des
260 Genug und für eine enge Verzahnung von Friedens- und Nachhaltigkeitsdiskursen in
261 Kirche und Gesellschaft.
- 262 • Wir fordern die Bundesregierung auf, mit den zuvor beschriebenen Maßnahmen ihr
263 Klimaschutzhandeln zu verstärken und zu beschleunigen, um damit nachhaltige Bei-
264 träge zur weltweiten Krisenprävention zu leisten. Das Vorhaben, Ursachen und Be-
265 kämpfung des Klimawandels in den UN-Sicherheitsrat einzubringen, ist ein Schritt in
266 die richtige Richtung.

267 ***Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens***

268 Als Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) sind wir mit den Kirchen weltweit verbunden
269 und folgen dem Aufruf des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), an dem Ökumenischen
270 Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens teilzunehmen. Wir verpflichten uns, in unseren
271 eigenen Strukturen und Veränderungsprozessen, in unserem täglichen Handeln sowie in den
272 gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen um Gottes Frieden zu bitten, ihn be-
273 ständig zu suchen und für Gerechtigkeit und Frieden einzutreten. Wir wissen, dass wir unter-
274 wegs sind. Wir sind unterwegs in dem Vertrauen, dass Gott unsere Füße auf den Weg des
275 Friedens richtet (Lukas 1,79).